



An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Mario Bach

30.10.2019

Antrag: Einhaltung der Klimaschutzziele in Ginsheim-Gustavsburg

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, CDU, Freie Wähler und SPD sowie die Stadtverordnete von Trotha stellen unter Rücknahme folgender Einzelanträge zum TOP 8 der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2019:

- Vorlage: 2019/0242, vom 14.08.2019 Antrag der SPD-Fraktion vom 13.08.2019; „Klimanotstand – Es ist mehr als an der Zeit nicht mehr tatenlos zuzusehen“;
- Vorlage: 2019/0268, vom 05.09.2019 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler vom 04.09.2019 zum SPD-Antrag 'Klimanotstand' und
- Vorlage: 2019/0308, vom 16.10.2019 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2019; „Klimanotstand – Es ist mehr als an der Zeit nicht mehr tatenlos zuzusehen“;

den folgenden Antrag zur Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am gleichen Tag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, in einer kompakten Übersicht darzustellen, welche Maßnahmen in Ginsheim-Gustavsburg zur Bekämpfung des Klimawandels und der Einhaltung der Klimaschutzziele ergriffen wurden und welche darüber hinausgehenden Maßnahmen aufgrund der veränderten Situation notwendig und umsetzbar sind.

Es ist darzustellen, in welcher Verantwortung und mit welchen Mitteln sie erreicht werden können. Hierbei sollten auf alle Bereiche der notwendigen Maßnahmen eingegangen werden, die zu

- einer Verkehrswende zu mehr nichtmotorisiertem individuellem und emissionsarmem öffentlichen Verkehr,
- einer Energiewende zur Einsparung von Energie und dem Umstieg zu erneuerbaren Energiequellen sowie
- einer Agrarwende zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sowie einer ressourcenschonenden Bebauung

führen.

- 24
- 25 2. Der Magistrat möge einen Antrag auf Förderung der auf 2 Jahre befristeten Beschäftigung
- 26 eines/-r hauptamtlichen Klimaschutzmanager/-in bei der Klimaschutzinitiative der
- 27 Bundesregierung stellen und bei Bewilligung die entsprechende Stelle einrichten und
- 28 besetzen.
- 29
- 30 3. Darüber hinaus möge der Magistrat die Einrichtung einer Stelle eines/einer
- 31 „Klimaschutzbeauftragten“ auf Basis eines geringfügig bezahlten, ehrenamtlichen
- 32 Beschäftigungsverhältnisses prüfen. Sie/er sichert die Kontinuität der Arbeit auch nach
- 33 Auslaufen der Förderung der Stelle des Klimaschutzmanagers/-in.
- 34
- 35 Klimaschutzmanager/-in und Klimaschutzbeauftragte/-r begleiten gemeinsam die oben
- 36 beschriebenen Maßnahmen, bringen sie in einer Querschnittsaufgabe in geeigneter Weise
- 37 voran und entwickeln die hierfür notwendigen Konzepte.
- 38
- 39 4. Zudem fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, mit den Akteuren
- 40 von „Fridays for Future“ in Ginsheim-Gustavsburg über den Schulträger (Kreis Groß-Gerau)
- 41 und das städtische Kinder- und Jugendbüro in Kontakt zu treten, um das Engagement der
- 42 Jugendlichen zu würdigen und zu unterstützen.
- 43
- 44 5. Eine Zusammenarbeit wird angestrebt, um die Klimaschutzziele besser und schneller
- 45 umsetzen zu können. Weiterhin bittet die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat,
- 46 darzustellen, ob es erforderlich bzw. nützlich ist, den Klimanotstand auszurufen, wie es
- 47 zuerst die Stadt Konstanz und das britische Parlament gemacht haben. Dem haben sich
- 48 inzwischen viele andere Städte, wie u.a. Rüsselsheim und Wiesbaden angeschlossen.
- 49

1 Begründung:

2

3 Die Stadt Ginsheim-Gustavsburg arbeitet seit langem am Thema Klimaschutz. Leider ist das Thema

4 insbesondere auf Bundesebene in den letzten Jahren nicht im erforderlichen Maß vorangetrieben

5 worden. Die Folgen zeigen sich auch in Ginsheim-Gustavsburg. Kürzlich war der Presse zu

6 entnehmen, dass ein Drittel der Bäume im Kreis voraussichtlich absterben werden. Die Lage an zwei

7 Flüssen stellt eine besondere Bedrohung bei zunehmenden Extremwetter- und

8 Überschwemmungsereignissen dar. Der zweite Hitzesommer in Folge hat der Mehrheit der

9 Bevölkerung klargemacht, dass der Klimawandel bereits Realität ist und dass dringend Maßnahmen

10 ergriffen werden müssen.

11

12 Die Schaffung der aus bis zu 90 Prozent mit bundesmitteln geförderten Stelle eines

13 Klimaschutzmanagers/-in gewährleistet die fachlich fundierte Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes

14 mit kurz- mittel- und langfristigen Zielen und trägt somit damit auf lokaler Ebene zur Erreichung der

15 nationalen Klimaziele bei.

16

17 Die zusätzliche Einrichtung der Stelle eines ehrenamtlichen, geringfügig bezahlten

18 Klimaschutzbeauftragten, bereitet bis zur Förderzusage durch den Bund die Arbeit des/der

19 Klimaschutzmanagers/-in vor, begleitet diese und sichert die Kontinuität des Auftrages über einen

20 eventuellen Ablauf der Förderung hinaus.

21

22 Eine neue Entwicklung ist, dass die junge Generation in der Bewegung „Fridays for Future“ Stellung

23 bezieht und Forderungen stellt, wie z.B.

24

- 25 1. Einhaltung des Pariser Klimavertrages, indem der Treibhausgasausstoß bis 2035 auf
- 26 Nettonull gebracht wird.
- 27 2. Kohleausstieg bis 2030
- 28 3. 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung bis 2035

- 29 4. Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch das Ende der Subventionen für fossile
30 Energieträger, die Abschaltung von einem Viertel der Kohlekraft und der Einführung einer
31 Steuer auf alle Treibhausgasemissionen, die die Kosten für uns und künftige Generationen –
32 etwa 180 Euro pro Tonne CO₂ – ausgleicht bis Ende 2019
- 33 5. Sozialverträgliche Umsetzung der Forderungen, so dass sie nicht zu Lasten von Menschen mit
34 niedrigen Einkommen gehen
- 35 6. Absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung für alle Bürgerinnen und Bürger mit
36 unabhängigen wissenschaftlichen Kontrollen.

37
38 Der Klimaschutz muss in der Abwägung gegenüber anderen Aspekten einen wesentlich höheren
39 Stellenwert bekommen und durch die gewählten Vertreter der Stadt Ginsheim-Gustavsburg künftig
40 noch stärker als prioritäre Aufgabe behandelt werden. Klimaschutz ist nicht nur eine nationale,
41 sondern auch eine kommunale Aufgabe, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Verkehr und
42 Wirtschaft/Industrie. Das Ausrufen des Klimanotstands könnte geeignet sein, dies zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Unterschriften